

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur:  
H. H. H. H.  
Druck u. Verlag: Auer Druck-  
u. Verlagsanstalt m. B. G.  
Auer, Erzgebirge, H. H. H.  
Köln 1920, H. H. H. H. H.

№. 115

Freitag, den 21. Mai 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gegen den Widerspruch des Reichsministers Koch angenommen.

England, Frankreich, Italien, Belgien, die Vereinigten Staaten, Holland, Dänemark und Spanien wollen sich an der internationalen Anleihe zum Wiederaufbau der deutschen Industrie beteiligen.

Wie die Königsberger Allgemeine Zeitung mitteilt, ist als Tag der Abkündigung für Masuren und Ermeland der 17. Juli festgesetzt worden.

Gestern vormittag wurde auf dem Kapitol die feierliche Proklamierung der Gründung des Völkerverbundes bekannt gegeben.

Die verbündeten Führer des amerikanischen Repräsentantenhauses haben beschlossen, die vom Senat angenommene Resolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Österreich ein Ende setzt, ebenfalls anzunehmen.

## Einschränkung der Kriegsgerichte im Ruhrgebiet.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat die Tätigkeit und Rechtsprechung der im Ruhrgebiet eingeführten außerordentlichen Kriegsgerichte einen Umfang und Charakter angenommen, der den bei ihrer Einführung maßgebenden Kreisen und der Rechtsauffassung der Reichsregierung nicht immer in vollem Maß entspricht. Die Reichsregierung hat daher zur Prüfung der Sachlage besondere Kommissare des Reichsministeriums des Innern, des Reichsjustizministeriums und der preussischen Ministerien ernannt, die die Tätigkeit bei diesen Gerichten neu regeln, die Freilassung der ohne genügenden Grund oder wegen geringfügiger Vergehen verurteilten Personen verfügen und die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte wesentlich einschränken. Alle noch in Haft befindlichen Personen, die vor dem 2. April 1920 in Abwehr rechtswidriger Angriffe der Rapp-Deute an sich strafbare Handlungen begangen haben, sind mangels Beweismittels der Rechtswidrigkeit sofort aus der Haft zu entlassen. Als Vorgesetzter sämtlicher Anklagevertreter ist ein besonderer Generalstaatsanwalt eingesetzt worden, dessen Anweisungen die Anklagevertreter Folge zu leisten haben.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte sollen baldmöglichst abgebaut werden. Zunächst wird ihre Zuständigkeit auf schwere gemeingefährliche Delikte eingeschränkt. Bezüglich der bereits ergangenen Urteile, die der vorerwähnten Auffassung der Reichsregierung über die Straflosigkeit einzelner Handlungen nicht entsprechen, ist eine sofortige Nachprüfung eingeleitet worden, um im Gnadenwege die Strafe aufzuheben und in geeigneten Fällen die einstweilige Aussetzung der Strafe zu bewirken. Die Vollstreckung von insgesamt 150 unabweislichen Todesurteilen ist bereits durch frühere Verfügung des Reichspräsidenten ausgesetzt und die Nachprüfung eingeleitet worden. Wie wir hören, gehen auch nach dem Sennelager, wo sich besonders zahlreiche Inhaftierte aus dem Ruhrgebiet befinden, Vertreter der Staatsanwaltschaft zur Nachprüfung der Fälle.

Man wird ganz damit einverstanden sein können, daß im Ruhrgebiet Befehlsurteile aufgehoben und unnütze Prozesse abgestellt werden, und dennoch die Forderung in aller Form erheben müssen, daß mit den Unschuldigen oder Verurteilten nicht auch die wirklichen Verbrecher aus den Auslieferungstagen straflos ausgehen. Dafür würde man in den allerweitesten Kreisen auch der verständigen Arbeiterschaft, nicht das geringste Verständnis haben.

## Ein Wahlaufruf.

Umgebung des demokratischen Reichsausschusses für Handel und Industrie.  
Der Vorstand des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen demokratischen Partei erläßt an die deutschen Kaufleute, Industriellen und Gewerbetreibenden einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Demokratische Partei hat in schwerer Zeit in unerschütterlichem Widerstand gegen andere sehr ernste und von breiten Massen getragene Bestrebungen die Wirtschaftsordnung durchgeleitet, die sich grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums aufbaut, und da, wo im Sinne sozialer Notwendigkeiten Beschränkungen vorgenommen werden, eine angemessene Entschädigung sichert. Sie hat weit ausgreifende, unsere verelendete Wirtschaft tödlich bedrohende Sozialisierungspläne bekämpft und bei den sozialpolitischen Besessen, wie dem aber die Betriebsräte manche Gefahr für die in Handel und Industrie selbstständig Tätigen abgewandt, immer in der Erkenntnis, daß wahre Demokratie jede einseitige Klassenbegünstigung abzulehnen hat. Insbesondere

ist der Deutschen demokratischen Partei zu danken, daß wenigstens die kleineren Betriebe, in denen das Verhältnis zwischen Prinzipal und Angestellten ein überwiegend persönliches ist, ausreichende Bewegungsfreiheit erhielten. Die Partei trat für eine fortschreitende Erleichterung von dem Druck der Zwangswirtschaft ein und strebt eine baldige Rückkehr zum freien Handel und Verkehr, als dem belebenden Element jeder Volkswirtschaft, an. Die Deutsche demokratische Partei tritt auch vorbehaltlos für die Schaffung eines mit weitgehenden Rechten ausgestatteten Reichswirtschaftsrates ein. Die Deutsche demokratische Partei hat mit erfreulicher Entschiedenheit gegen eine einseitige Beeinflussung der Regierung durch die Arbeitnehmerorganisationen als undereinstimmend mit dem demokratischen Gedanken Stellung genommen. Eine mittelschichtende, ihrer Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben Rechnung tragende Mitwirkung ist nach Lage der Dinge auch für die in Handel, Industrie und Gewerbe Tätigen am sichersten zu erzielen, wenn sie sich mit größter Energie persönlich und unter Leitung von Vertretern für die Stärkung der Deutschen demokratischen Partei einsetzen.

## Die Neuregelung der Volksernährung.

Der Reichsrat beriet wie im Auer Tageblatt gestern schon drahtlich kurz berichtet wurde, in seiner öffentlichen Sitzung am Mittwoch, die vom Ernährungsminister Dr. Herms geleitet wurde, die neue Reichsgesetzgebung für die Ernte 1920.

In dieser Verordnung wird, wie bekannt, an der Zwangsbewirtschaftung sämtlicher Getreidearten festgehalten, auch der Hafer unterliegt wiederum der Zwangswirtschaft. Die Ausschüsse des Reichsrats haben nahezu einstimmig diesen Standpunkt der Regierung gebilligt. Die Regierung glaubte aber, der Landwirtschaft entgegenkommen zu können, durch Befreiung einer angemessenen Selbstverforgung, durch Zulassung der Deputate und die Freigabe sämtlicher Hilfsfrächte. Außerdem soll die Befreiung der Nahrungsmittelindustrie und der Brauereien mit Hafer und mit Gerste besser gesichert werden. Die oldenburgische Regierung ließ zu Protokoll erklären, daß sie mit Rücksicht auf die trübenden Erfahrungen des laufenden Wirtschaftsjahres das ganze System für verkehrt halte. Oldenburg hätte die Form des Umlageverfahrens gewünscht.

Die neue Verordnung, über die

### Versorgung mit Kartoffelkartoffeln

aus der Ernte 1920 steht ebenfalls von der freien Wirtschaft ab. Auf Grund der Verhandlungen, die im Laufe des Winters zwischen dem Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft und dem Deutschen Städtetag geführt worden sind, soll das bisherige System derart geändert werden, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Organisationen des Kartoffelhandels mit den Landwirten Verträge über Lieferung von Kartoffeln abschließen sollen. Für den Fall, daß diese Verträge bis zum 1. August 1920 aber zusammen 120 Millionen Zentner lauten, steht die Verordnung von einer weiteren öffentlichen Bewirtschaftung ab und überläßt den verbleibenden Rest der Ernte den Erzeugern zur beliebigen Verwendung, auch zur Fütterung. Als Anreiz für den Abschluß von Verträgen soll ein Preis von 5 Mark zugeschlagen werden zu dem Preis, der nach der Verordnung vom 30. März 1920 zu zahlen wäre.

Für Bayern beantragte Regierungsrat v. Imhof, daß die oberste Landesbehörde befugt sein soll, die Erzeuger auch für Betriebe von einer Größe unter zwei Dekkaren heranzuziehen, da es in Bayern in der Mehrzahl nur kleine Betriebe gäbe. Die Vertreter der württembergischen Regierung und der bairischen Regierung beantragten die Ablehnung der Verordnung. Der Vertreter Sachsens bedauerte, daß hier ein Abbau der Zwangswirtschaft vorgenommen werden solle. Minister Dr. Herms erklärte, daß die Regierung zwar die Bedenken gegen die Verordnung voll würdige, aber gleichwohl an ihrer Vorlage festhalte. Der bayerische Antrag, auch Betriebe unter zwei Hektaren heranzuziehen, wurde einstimmig angenommen. In der Abstimmung über die gesamte Verordnung wurde diese mit 30 gegen 24 Stimmen, also nur mit ziemlich knapper Mehrheit, angenommen.

## Nationalversammlungprotest gegen die schwarze Schande.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung begründete Abg. Böhl (Soz.) eine Interpellation aller Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, über die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten. Für Frauen und Mädchen, Männer und Knaben seien diese Wilden eine schauerliche Gefahr. Nur der kleinste Teil der Schaulustigkeiten werde bekämpft. In der ganzen Welt wachse die Enttäuschung. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Köhler:  
Wie gestern abend waren keine Nachrichten eingelaufen von irgend einer Zurückziehung der farbigen

französischen Truppen. (Hört, hört!) Wir wollen nicht in eine Klassenhege eintreten. Wir denken an die Schwarzen in unseren Kolonien, die zusammen mit uns gekämpft haben. Aber die Verpflanzung von 50 000 Farbigen in das Herz Europas ist ein Verbrechen. Die Proteste Amerikas, Englands, Schwedens und Norwegens haben auf die Franzosen ebenso wenig Eindruck gemacht wie unsere Proteste. Von einer ökonomischen Solidarität Europas kann nicht gesprochen werden, so lange man die politische Solidarität mit Fäßen tritt. Wir wollen uns an den Völkerverbund wenden, damit der moralische Druck der ganzen Welt einsetzt. Den Brüdern im Westen wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leiden und auf ihre Befreiung hoffen. (Beifall.)

### Eine handliche Rede.

Abg. Frau Biez (Unabh.): Alle brutalen Instinkte entspringen nur dem Militarismus, der überhaupt beseitigt werden muß. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages über die Stärke seines Militärs erfüllen würde, dann würde es ein geeignetes Ohr bei der Entente für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellanten haben kein Wort gegen die unmittelfache Rohheit, die gegen deutsche Frauen durch deutsche Soldaten begangen sind; auch in Russland, Belgien usw. haben deutsche Soldaten solche Grenzübertretungen begangen. (Stürmische Unterbrechungen, große Entrüstung. — Rufe: Pst! Teufel!) Mit diesen Hurufen heißen Sie die Frevelthaten der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Lärm, stürmische Schlußrufe. Die Rechte, das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Massenkampf gegen die Schwarzen, den wir nicht mitmachen. Abg. Frau Wendt (D. Sp.): Für die Bergewaltiger keiner Kinder kann niemand einen Funken Liebe empfinden. Bieleicht müht es sich an den Papst zu wenden.

Es folgte die Interpellation des Abg. Schulz-Bromberg (Dtschnat.) und Genossen über die

### Feder des 1. Mai

und die Erteilung von Urlaub an Arbeiter und Beamte in den Staatsbetrieben am 1. Mai. Reichsminister Schlichte erklärte, die Interpellation innerhalb der Geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen. Abg. Schulz (Dtschnat.): Dann hat die Regierung ein schlechtes Gewissen und will sich von der Beantwortung drücken. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, für die Aufrechterhaltung der Arbeit am 1. Mai zu sorgen. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Präsident Feherbach: Diese Ausführungen sind geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig. Abg. Dr. Bepplmann (Dtschnat.) stimmte dem Antrag Schulz zu.

Abg. Henke (Unabh.) begründete einen gestern eingebrachten Antrag Geyer über

### Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes

in allen Teilen des Reiches. — Abg. Böbe (Soz.) wird mit einem großen Teil seiner Partei für den Antrag stimmen. — Reichsminister Koch: Es ist nicht angängig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahl gesichert werden muß, doch soll geprüft werden, wie weit eine Milderung möglich ist. — Abg. Giffing (Dtschnat.) ist gegen den Antrag. — Abg. Schulz, Gräbenitz (Dem.) stimmte dem Minister bei. — Der Antrag wurde mit den Stimmen der starkbesetzten sozialdemokratischen Fraktion angenommen. In der Nachmittagsitzung wurden verschiedene Vorlagen angenommen.

### Allein politische Meldungen.

Die Einberufung des neuen Reichstages. In Anbetracht der am 21. Juni zusammentretenden Konferenz in Spa beabsichtigt die Reichsregierung, wie verlautet, den Präsidenten Feherbach zu veranlassen, den neugewählten Reichstag schon zehn Tage nach der Wahl, also am 16. Juni, einzuberufen. Man hält das Zusammentreten des Reichstages vor der Spaer Konferenz für unbedingt notwendig.

Die Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei. Ebenso wie Zentrum und Sozialdemokraten hat die Deutsche demokratische Partei jetzt ihre Reichsliste für die Wahlen fertiggestellt. Sie beginnt mit dem Namen des Senators Petersen, des Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei. In erster Reihe stehen weiter auf der Liste der Reichswehrminister Geßler, das Präsidialmitglied des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel Reinath, der frühere Führer der Jungliberalen Dr. Fischer, der württembergische Kultusminister Heber und andere. Auch die Namen des berühmten Physikers Professor Dr. Walter Kernst und des früheren Gouverneurs von Ostpreußen v. Truppel befinden sich auf der demokratischen Reichsliste.

Terror bei einer Wahlversammlung. Als Mittwoch abend der Abgeordnete Dr. Stresemann in einer von der Deutschen Volkspartei in Ludwigshafen einberufenen Versammlung sprechen wollte, setzte auf der Galerie ohrenbetäubender Lärm ein. Wiederholte Versuche, dem Redner Gehör zu verschaffen, wurden durch Jöhlen und Pfeifen vereitelt. Schließlich wurden Stühle von der Galerie geworfen und dadurch Personen verletzt. Das Postaufgebot im Saal räumen.

SLUB  
Wir führen Wissen.